

Es gilt das gesprochene Wort!

TOP Aktuelle Stunde – Studie von UNICEF zur Situation von Kindern in Industrieländern

Dazu sagt die kinderpolitische Sprecherin der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen,
Monika Heinold:

**Fraktion im Landtag
Schleswig-Holstein**

Pressesprecherin
Claudia Jacob

Landeshaus
Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Durchwahl: 0431/988-1503

Zentrale: 0431/988-1500

Telefax: 0431/988-1501

Mobil: 0172/541 83 53

E-Mail: presse@gruene.ltsh.de

Internet: www.sh.gruene-fraktion.de

Nr. 076.07 / 21.02.2007

Wieder ein Schuss vor den Bug!

Die aktuelle Unicef-Studie ist ein Schuss vor den Bug des schwerfälligen deutschen Tankers „Familienpolitik“. Erneut wird uns schwarz auf weiß dokumentiert, dass die Familienförderung in Deutschland in die falsche Richtung steuert. Diese Erkenntnis ist nicht neu: Wie bei vielen Themen haben wir auch hier kein Erkenntnisdefizit sondern eine Handlungslücke. Vom notwendigen Kurswechsel in der Bildungs- und Familienpolitik sprechen Viele - praktische Konsequenzen mit durchschlagender Wirkung hat das aber nicht gehabt.

Bei der Veröffentlichung der Unicef-Studie hat Mitverfasser Professor Hans Bertram treffend zusammengefasst: „Politik für Kinder in Deutschland ist meist nur Mittel zum Zweck, um Arbeitsmarktprobleme zu entschärfen oder um die Rentenkassen zu füllen.“

Das ist bitter! So entdeckt beispielsweise die CDU just in dem Moment die seit Jahrzehnten fehlende Kinderbetreuung, wo die demographischen Zahlen nachweisen, dass wir zukünftig gut ausgebildete Frauen für den Arbeitsmarkt brauchen! Welch Armutszeugnis!

Die Bilanz der Unicef-Studie ist beschämend, denn sie macht deutlich, dass in Deutschland die Bereitschaft abhanden kommt, die selbstverständlichsten Bedürfnisse von Kindern zu erfüllen: Das Bedürfnis nach gesunden warmen Mahlzeiten in Kita und Schule, das Bedürfnis nach attraktiven Freizeitangeboten, das Bedürfnis nach Geborgenheit in sozialen Netzwerken.

1/3

Deshalb stellt sich schlicht die Frage, ob es in Deutschland überhaupt die Bereitschaft gibt, umzusteuern? Gibt es den ernsthaften Willen, das Ruder noch herumzureißen? Oder bleibt es bei einem kurzen Schockzustand, bei einer aktuellen Stunde, bei warmen Worten für Kinder und ihre Familien? Aus Sicht meiner Fraktion wäre es unverantwortlich, wenn die Politik nach der harschen Kritik der Unicef ins übliche Tagesgeschehen zurückfällt.

Das Risikoverhalten von Kindern und Jugendlichen in Deutschland ist erschreckend, immer häufiger greifen sie zur Zigarette und zum Alkohol. Deutsche Eltern reden am allerwenigsten mit ihren Kindern. Bei der frühkindlichen Bildung sind wir – auch sieben Jahre nach der PISA-Studie noch immer Schlusslicht. Die Gesamtausgaben der deutschen Familienpolitik liegen mit 2 Prozent des Bruttoinlandproduktes im Mittel der Industrienationen. Aber kein Vergleichsland investiert weniger als Deutschland in die Betreuung und Bildung der ganz Kleinen.

Mehr als dreißig Prozent der Jugendlichen rechnen schon gar nicht mehr damit, eine qualifizierte Arbeit zu finden. Wen wundert es da, wenn Kinder und Jugendliche Zukunftsangst haben?

Was uns aber am allermeisten erschrecken sollte: obwohl diese Erkenntnisse nicht neu sind, gibt es dennoch keine konzertierte Aktion, keinen nationalen Kinderförderungsplan, um aus diesem Negativ-Tal heraus zu kommen. Sind uns unsere Kinder egal?

Welche Konsequenz ziehen wir daraus, dass es immer neue Schlagzeilen über Kindervernachlässigung und Kinderarmut gibt?

Welche Konsequenz ziehen wir daraus, dass immer mehr Kinder ohne Frühstück in Kita und Schule kommen, und dass für immer mehr Kinder die tägliche warme Mahlzeit fehlt?

Welche Konsequenz ziehen wir daraus, dass es nicht genug Betreuungsangebote gibt?

Welche Konsequenz ziehen wir daraus, dass Kinder auf Grund hoher Gebühren aus den Kindertagesstätten, vom Mittagessen, vom Musik- oder Sportverein abgemeldet werden?

Welche Konsequenz ziehen wir daraus, dass immer mehr Eltern das Geld für Klassenfahrten oder für Turnschuhe fehlt, und dass Kinder alles tun, damit ihre Armut nicht sichtbar wird – weil sie sich schämen?

Welche Konsequenz ziehen wir daraus, dass Kinder und Jugendliche aggressiv und kriminell werden?

Welche Konsequenz ziehen wir daraus, dass 10 Prozent aller HautschülerInnen die Schule ohne Abschluss verlassen und dass ihre Berufschance damit praktisch fast gleich Null ist?

Dieses sind nur Beispiele. Noch einmal, die entscheidende Frage, die dahinter steckt, ist: Warum handeln wir nicht? Warum sind unserer Gesellschaft Kinder so wenig wert?

Warum bedarf es erst der harten Fakten der demographischen Entwicklung, bevor wir Familienpolitik ernst nehmen? Warum bauen wir lieber eine Kurpromenade als eine Schulkantine? Warum ist es überhaupt zulässig, dass Menschen gegen Kinderlärm eine Klage einreichen?

Meine Damen und Herren, eine Aktuelle Stunde des Schleswig-Holsteinischen Landtages wird diese Situation nicht ändern. Schön, dass wir mal drüber gesprochen haben - dabei darf es nicht bleiben! Was wir brauchen, ist der ernsthafte Wille, Politik für und mit Kindern, für und mit Familien ganz oben auf die Agenda zu setzen. Als Selbstzweck, nicht als Mittel für etwas anderes.

Wir können und wir müssen Kinderrechte in der Verfassung verankern. Wir können und wir müssen die Familienförderung so reformieren, damit das Geld auch wirklich bei den Kindern ankommt! Wir können und wir müssen über eine Kindergrundsicherung verhindern, dass Kinder weiterhin ein Armutsrisiko für Familien bleiben. Bund, Länder und Kommunen können und müssen einen Aktionsplan auflegen, um die Infrastruktur für Kinder und ihre Familien sicher zu stellen.

Nehmen wir endlich die Nöte unserer Kinder ernst! Verändern wir unsere Perspektive: schauen wir nicht immer nur auf die Defizite und Unzulänglichkeiten von Kindern und ihren Eltern, sondern schauen wir darauf, welche Stärken und Fähigkeiten da sind und wie wir sie nutzen und verstärken können. Helfen wir den jungen Familien bei ihrer schwierigen Aufgabe, ein kleines Menschenwesen auf dem Weg zu einem selbstbewussten Individuum zu unterstützen!

Nicht, damit der Arbeitsmarkt wieder ins Gleichgewicht kommt, nicht damit die Wirtschaft boomt, nicht damit unsere Sozialkassen wieder gefüllt sind, sondern einfach nur, weil es jedes Kind verdient, geliebt, geschützt, unterstützt und von der Gesellschaft wertgeschätzt zu werden.
